

Für Ordnung und Recht.

Eine Kundgebung des Niederösterreichischen Gewerbevereines.

Die gestrige überaus stark besuchte Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines wurde vom Vizepräsidenten Dr. Meisl mit einer Ansprache eröffnet, in der er sagte: Wir alle werden mit Befriedigung die Kundgebung des Staatskanzlers vernommen haben, in welcher er die Freizügigkeit des Person und des Eigentums als ein staatsgrundgesetzlich gewährleistetes Recht erklärt und gegen die Uebergriffe einzelner untergeordneter Organe in Säus nahm. Diese Kundgebung des obersten Staatsbeamten würde aber zweifellos an Wert gewinnen, wenn sie, wie es scheint, denn doch nicht bloß akademischen Charakter hätte, wie dies die heute bekanntgewordenen, geradezu gegensätzlichen Erlässe der Landesregierungen in Steiermark und Oberösterreich betreffend die Einfuhrbeschränkungen beweisen.

Ebenso erfüllt es uns mit Genugtuung, zu hören, daß der Staatskanzler das eigenmächtige Vorgehen der Volkswehr und der Soldatenräte in bezug auf die Hausdurchsuchungen selbst als gesetzwidrig bezeichnet. Wenn der Staatskanzler aber bei diesem Anlasse darauf hinweist, daß die Bürgerschaft zu solchen Gesetzwidrigkeiten gleichsam selbst Anlaß gegeben habe, so müssen wir wohl dagegen nachdrücklich Einsprache erheben. Von den Mächtschaften, auf welche der Staatskanzler anspielt (Beziehungen zu den Vertretern der Entente Staaten), ist dem Gewerbeverein nichts bekannt, und wir identifizieren uns auch durchaus nicht mit derartigen, etwa bestehenden Bestrebungen. Gleichwohl halten wir es für unangebracht, wenn der Herr Staatskanzler gegen die Bürgerschaft in Säus und Bogen einen Paragraphen des Strafgesetzes anruft und sie pauschal als hochverräterischer Umtriebe gegen die Republik verdächtigt. Redner kommt dann auf die Uebergriffe zu sprechen, welche sich kürzlich in Baden, also von den Loren Wiens, ereignet haben, und fährt fort: Wir müssen es auf das tiefste bedauern, daß der Staatssekretär nicht auch Worte der Abwech gegen dieses gesetzwidrige Vorgehen der Badner Soldatenräte fand. Wir müssen dringend fordern, daß die Autorität der gegenwärtigen Regierung sich stark genug erwecke, um mit allem Nachdruck auf die Herstellung der Ordnung im ganzen Staat zu sehen. Die Regierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die gesetzliche Ordnung in der demokratischen Republik von allen ihren Organen aufrechterhalten werde, wenn sie nicht den Bürgerkrieg heraufbeschwören und Staat und Volkswirtschaft der Anarchie und dem Chaos preisgeben lassen will. (Stürmischer Beifall.)